

FDP.Die Liberalen Aargau, Postfach 2735, 5001 Aarau

Departement Gesundheit und Soziales  
Abteilung Gesundheitsversorgung  
Bachstrasse 15  
5001 Aarau

Aarau, 26. November 2013

## **Teilrevision des Einführungsgesetzes zur Krankenversicherung (EG KVG); Einführung einer Liste der säumigen Versicherten: Anhörungsantwort**

Die FDP.Die Liberalen bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Teilrevision des Einführungsgesetzes über die Krankenversicherung. Die vorgezogene Teilrevision im Bereich Einführung einer Säumigerliste wurde von uns gefordert. Die erhobenen Zahlen bei den Betreibungsämtern des Kantons Aargau zeigen klar und deutlich auf, dass die Zahlungsmoral im Bereich Gesundheitswesen ständig abnimmt. Knapp 30'000 Betreibungsbegehren im Jahr 2012 und ausgewiesene Kosten von knapp 10 Millionen (davon 8 Millionen für den Kanton) verpflichten den Kanton zum Handeln. Uns ist bewusst, dass das Einführen der Säumigerliste das Problem der Zahlungsausstände nicht löst. Das im vorliegenden Anhörungsbericht vorgeschlagene Szenario eines Case Managements durch die Gemeinden scheint eine sinnvolle Massnahme zu sein und wir warten gespannt auf die nächste Revision des Einführungsgesetzes, die dann dies ermöglichen soll. Diesbezüglich fordern wir das Departement auf, diese Revision voranzutreiben und machen darauf aufmerksam, dass gemäss Aufgaben- und Finanzplan die Einführung bereits auf 2014 angedacht war, in den letzten zwei Jahren aber immer wieder verschoben wurde.

Eine Säumigerliste soll verschiedene Funktionen übernehmen: Neben dem Kostenspareffekt soll sie eine abschreckende Wirkung haben, da sie zu einem Leistungsaufschub führt und so die Zahlungsmoral verbessert. Sie soll aber auch für die Leistungserbringer eine Vereinfachung darstellen, so dass diese ohne grossen Aufwand zu den notwendigen Informationen über den Patienten kommen. Deshalb ist es uns sehr wichtig, dass bei den Ausführungsbestimmungen die bürokratischen Hürden minimal ausfallen, ohne Verletzung des Datenschutzes selbstverständlich. Aus diesem Grunde lehnen wir in der Vernehmlassungsantwort auch den Vorschlag ab, dass Bezüger von Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe automatisch von der Liste gelöscht werden. Es sollte eine Möglichkeit gefunden werden, diese Bezüger trotzdem auf der Liste zu belassen, ohne dass die Gemeinden alle alten Schulden übernehmen müssen, die zu einem Leistungsaufschub geführt haben.

Im Weiteren fordern wir den Regierungsrat auf, sich bei den anderen Kantonen einzusetzen, dass diese auch eine Säumigerliste einführen, so dass die Daten bei einem Kantonswechsel nicht verloren gehen. Dies würde dann auch den Druck auf den Bund verstärken, die Regelung bezüglich Verlustschein-Verwertung der Krankenkassen zu ändern, so dass diese nicht zu Nutzniessern der Säumigerliste werden.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen Aargau

Martina Sigg  
Ressortleiterin Gesundheit und Soziales